

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für dieses Weihnachtsgeschenk

Zum Zwecke der Haushaltssanierung sollen Beamte zukünftig nicht 41 Stunden arbeiten, sondern 42 Wochenstunden. Die so erarbeiteten Stunden sollen dann im Alter abgebaut werden. So sehen es Pläne der Landesregierung vor. Damit sollen 160 Millionen Euro eingespart werden.

Ministerpräsident Mappus und Finanzminister Stächele legen ein Sparpaket in Höhe von 500 Millionen Euro auf und führen die Neuverschuldung um mehr als zwei Milliarden Euro zurück. Dieser „Dreiklang“ von Sparen, Konsolidieren und Investieren soll ein starkes Signal einer konsequenten, glaubwürdigen und am Wohl des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger orientierten Haushaltspolitik darstellen, welches einerseits konsequent, andererseits aber ausgewogen und gerecht sei. Keiner Gruppe, so die Meldung weiter, wird dabei ein Sonderopfer abverlangt.

Da wurde vorher nicht miteinander gesprochen, noch angehört oder informiert. Frei nach Gutsherrenmanier wurde dies einfach verfügt.

Die „Vorgriﬀsstundenregelung“ für alle „Ü-50“ ist in der Polizei Baden-Württemberg wirklich nichts Neues – denn wir haben unsere Vorgriﬀsstunden schon lange erbracht, indem wir über Jahrzehnte, im wahrsten Sinne des Wortes, den Kopf hingehalten haben und mit einer Personaldecke, weit von allen Bedarfsberechnungen (der Sicherheitsplan II sei nur mal so am Rande erwähnt) mit eine der schlechtesten Polizeidichten ständig beste Ergebnisse geliefert haben.

Da waren wir aber alle noch jung und gesund. Und jetzt werden wir dafür auch noch bestraft – z. B. durch Pensionskürzungen, längere Lebensarbeitszeit und Arbeitszeit- und Schichtdienstmodelle, bei denen es nur darum geht, den Dienstbetrieb aufrechtzuhalten. Unter dem Deckmantel Arbeitszeitflexibilisierung wurden und werden diese als Verbesserungen oder Optimierung verkauft, sie sind aber ausschließlich aus der (Personal-)Not heraus geboren und sonst nichts.

Bei der derzeitigen Belastungssituation der Polizei in Baden-Württemberg, ist der Vorschlag einer Vorgriﬀsstundenregelung völlig kontraproduktiv und weder gerecht, glaubwürdig noch ausgewogen.

Richtig ist, dass man den Bürgern vor der Wahl sagt, wo man nach der Wahl hin möchte. Doch die Fakten sind andere und die sollte man dann der Ehrlichkeit halber auch mitteilen!

Die Polizei des Landes ist überaltert, hat zu wenig Personal und muss neben Castor, S21, Fußballereinsätzen und der anhaltenden Terrorgefährdung auch das Alltagsgeschäft meistern. Dass bei der Polizei nicht gespart werden soll, beruhigt uns überhaupt nicht, denn die Realität zeichnet ein anderes Bild.

Die Großeinsätze der letzten Jahre, wie die Fußball-WM, der NATO-Jubiläumsgipfel, die Castor-Transporte, die enorme Dauerbelastung rund um Stuttgart 21, Amoklagen wie z. B. in Winnenden oder Lörrach, die gigantische Personalbelastung durch die Dauerüberwachung der nachträglich aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Straftäter, die aktuelle terroristische Bedrohungslage und vieles, vieles mehr machen deutlich, dass die Polizei ihre Belastungsgrenze längst überschritten hat.

Die Streifendienste, aber auch unsere Bezirks- und Postendienste pfeifen, wie die Kriminalpolizei, aus dem letzten Loch. Es wird nahezu Unmögliches von der Polizei abverlangt und dann kommen solche Sparmaßnahmen. Dieses ist blanker Hohn.

Wer von den Polizeibeamtinnen und -beamten verlangt, dass sie länger arbeiten, der muss in jungen Jahren dafür sorgen, dass dies auch machbar ist, das sagt nicht nur der gesunde Menschenverstand, sondern jeder Arbeitsmediziner. So wird alles um eine sinnvolle Gesundheitsprävention zu Sonntags- und Wahlreden degradiert.

Man kann doch nicht allen Ernstes von Polizistinnen und Polizisten erwarten, dass sie zukünftig noch eine Stunde mehr im Schichtdienst arbeiten, noch eine Stunde mehr in Einsätzen, bei Tatorten etc. ihren Dienst leisten und somit noch weniger Zeit zum Entspannen und Ausruhen haben!

„In der Polizei ist PoW fast schon ein feststehender Begriff, das bedeutet nämlich



Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender.
Foto: TM (GdP)

Polizist ohne Wochenende, das kann und darf nicht sein!“

Vielleicht will man so ja auch nur die Überstundenberge in eine Zeit verlagern, in der man selbst keine Verantwortung mehr hat.

Wir brauchen keine längere Wochenarbeitszeit, sondern mehr Personal. Die verfehlte Einstellungspolitik und falsche Entscheidungen in Sachen Stellenabbau kann man jetzt nicht durch längere Wochenarbeitszeiten rückgängig machen.

Die Zusagen, dass man die Stunden im Alter abbauen kann, zeigen wenig Freude, denn viel zu viele, die jetzt in der Polizei sind, haben bei ihrer Einstellung andere Zusagen erhalten, nämlich Pensionierung mit 60 und 75% Ruhegehalt vom letzten erreichten Statusamt. Das ist heute alles Geschichte! Das Pensionsalter wurde erhöht und die Ruhegehaltshöhe auf 71,75% vom letzten Amt reduziert.

Die Polizeibeschäftigten des Landes haben genügend Sparbeiträge geleistet! Es muss endlich Schluss sein damit!

RS eid



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal oder in der GdP-Digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg **Februar-Ausgabe 2011 ist Montag, der 3. Januar 2011** und für die **März-Ausgabe 2011 ist Mittwoch, der 2. Februar 2010.**

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. **TM**



Wolfgang Kircher



Thomas Mohr

Erneutes Seminar für Seniorenvertreter in den Kreisgruppen

Sehr zufrieden zeigten sich die Teilnehmer eines zweiten „Grund“-Seminars für Seniorenvertreter und -betreuer in den Kreisgruppen in der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim. Nachdem 2008 ein erstes Seminar stattgefunden hatte, sollten nun in einem weiteren Kollegen und Kolleginnen informiert werden, die entweder neu in einer solchen Funktion sind oder aber das erste Seminar nicht besuchen konnten. In zwei sehr informativen Tagen nahmen sie eine Menge Informationen und Anregungen für ihre Arbeit vor Ort mit nach Hause.

Für den amtierenden Landesseniorenvorstand (LSV) ist die Seniorenarbeit und die Betreuung der „Ruheständler“ in den Kreisgruppen ein wichtiges Anliegen. Deshalb war dies auch der Schwerpunkt der Veranstaltung.

Der Landesseniorenvorsitzende H. Werner Fischer und das Mitglied des LSV, Erwin Müller, gaben dann auch viele entsprechende Hinweise für die Arbeit der Mitgliederbetreuung vor Ort; die Entwicklung von Rente und Beamtenversorgung; die Dienstrechtsreform (als Ausfluss der Föderalismusreform) und ihre besondere Bedeutung für die Rentner und Pensionäre. Ralf Knosp, Geschäftsführer der GdP-Service GmbH, wies auf die vielen guten Angebote der

Kooperationspartner hin: vom Einbau von Solaranlagen über günstige Apothekeneinkäufe (im Seniorenbereich besonders wichtig) bis hin zum „Häusle“-Angebot. Wolfgang Schmidt von PSW-Reisen bedauerte, dass zu wenige Kollegen die Vergünstigungen seines Reisebüros in Anspruch nehmen würden und Manfred Eichert von der PVAG/Signalversicherung wies auf die finanziellen Probleme bei einer Unterbringung in einem Betreuungs- oder gar Pflegeheim hin. In diesem Zusammenhang stellte der Landesseniorenvorsitzende H. Werner Fischer auch das neue Projekt „Service Wohnen/Betreutes Wohnen“ vor, das den Aufbau eines Netzwerkes in Baden-Württemberg vorsieht und informierte zudem umfangreich über das bundesweite „Aktivprogramm für Senioren (APS)“ der GdP und seine Weiterentwicklung auf den Internetseiten der GdP. Der stellvertretende Landesvorsitzende Lothar Adolf berichtete schließlich über die aktuelle Tagespolitik der GdP im Lande. Alle Seminarteilnehmer vertraten die Auffassung, dass diese Info-Veranstaltung unbedingt fortgeführt werden sollte. So wäre es auch denkbar, dass zukünftig dezentral in den Regierungsbezirken eintägige Info-Veranstaltungen stattfinden könnten. Ein besonderer Dank ging am Ende an den Beisitzer im LSV, Erwin Müller aus Freiburg, der das Seminar (wie die ebenfalls erfolgreichen Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“) bestens organisiert hatte. **H. W. Fischer**

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:
Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 77) 4 87 17 10
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



Alle Teilnehmer des Seminars für Seniorenvertreter in den Kreisgruppen, Bildmitte, mit Brille, Landesseniorenvorsitzender H. Werner Fischer, unten rechts Erwin Müller vom LSV, der das Seminar organisiert hatte.
Foto: H. W. Fischer



Drogenmissbrauch

schnell und sicher entdecken

Akkreditiert nach DIN EN ISO/IEC 17025 und
DIN EN ISO 15189 (forensische Blutalkoholbestimmung).

- günstiges und schnelles Drogenscreening
- qualifizierte forensisch-toxikologische Analytik
- kompetente Beratung und Begleitung
- langjährige Erfahrung

www.mvz-clotten.de

Labor Dr. Englert, Dr. Raif & Kollegen | Bismarckallee 10 | 79098 Freiburg
Tel. 0761/31905-157 | info@mvz-clotten.de

 **MVZ
CLOTTEN**

**Ihr kompetenter Partner
für Drogenanalytik**

GdP verschickte Wahlprüfsteine an die Parteien

Die nächsten Landtagswahlen stehen unmittelbar vor der Tür. Die politischen Parteien bemühen sich um die Stimmen der Wahlberechtigten.

Jeder von uns hat seine eigenen Maßstäbe, die für seine Stimmabgabe ausschlaggebend sind. Für die Kolleginnen und Kollegen, denen bei ihrer Entscheidung die Einstellungen der Parteien zur Polizei und deren dringendsten Problemen wichtig ist, wollen wir eine kleine Hilfestellung anbieten.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat nachfolgende Wahlprüfsteine an die Parteien im baden-württembergischen Landtag geschickt. Wir wollen den Parteien somit die Möglichkeit bieten, auf unsere Fragen und die wichtigsten Probleme der Polizei einzugehen. Es ist beabsichtigt, die Antworten der Parteien in den nächsten zwei Ausgaben der Deutschen Polizei zu veröffentlichen.

Das haben wir die Parteien gefragt:

☀ Welche Verbesserungen haben sie sich für die Tarifbeschäftigten der Polizei gedacht?

☀ Werden sie die Idee einer „Polizeizulage“ für Tarifbeschäftigte in der Polizei des Landes umsetzen?

☀ Werden sie einem Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei eine endgültige Absage erteilen?

☀ Sind sie bereit, langjährige Beschäftigte der Polizei mit Zeitverträgen

in Festverträge zu übernehmen, wenn ja: wie – wenn nein: warum?

☀ Welche nachhaltigen Verbesserungen für Verwaltungsbeamte/-innen in der Polizei sehen sie nach der Wahl vor?

☀ Wird es mit ihnen einen weiteren Stellenabbau im Vollzugsbereich der Polizei des Landes geben?

☀ Werden sie den bisherigen Stellenabbau rückgängig machen?

☀ Seit 17 Jahren werden den Polizistinnen und Polizisten des Landes die positiven Auswirkungen der europäischen Arbeitsschutz- und Arbeitszeitrichtlinien vorenthalten. Welche Maßnahmen gedenken sie nach den Landtagswahlen in die Wege zu leiten, damit diesen Schutzvorschriften entsprochen werden kann.

☀ Wie wollen sie nach den Landtagswahlen das enorme Problem hinsichtlich des Altersaufbaus bei der Kriminalpolizei des Landes in den Griff bekommen?

☀ Welche Einschränkungen planen sie in Punkto Beihilfe/Heilfürsorge?

☀ Sind sie bereit, die Entscheidungen der Verwaltungsstrukturreform, bezogen auf die Polizei, rückgängig zu machen?

☀ Denken sie über Organisationsänderung (PD-Zusammenlegungen etc.) nach und wollen sie diese umsetzen?

☀ Die Erschwerungszulagenverordnung des Landes Baden-Württemberg liegt hinsichtlich der Zulagen weiter hinter der Bundesregelung zurück! Sind sie bereit, dies in der kommenden Legislaturperiode zu ändern?



☀ Die Polizistinnen und Polizisten des Landes müssen zukünftig bis zum 62. Lebensalter arbeiten. Dies ist der völlig falsche Weg. Werden sie diesen Schritt

☀ generell rückgängig machen?
☀ zumindest für die Beamtinnen und Beamte im Wechselschichtdienst rückgängig machen?

Wir werden als GdP die Antworten nicht kommentieren, sondern so weitergeben, wie sie bei uns eingehen. Wir haben uns lediglich erlaubt, die Parteien darauf hinzuweisen, dass kurze, knappe und klare Antworten sinnvoll wären, denn nur so ist eine ungekürzte Veröffentlichung möglich.

RSeid



24. GdP-BUNDESKONGRESS

Anzeige

Delegation aus Baden-Württemberg hat mitgestaltet



Die Delegierten und Teilnehmer aus Baden-Württemberg.

Foto: TM (GdP)

Drei Tage lang haben die 254 Delegierten des 24. GdP-Bundeskongresses im Dezember 2010 einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt, zahlreiche Anträge beraten, sie als Beschlüsse verabschiedet oder abgelehnt. Die 23 Teilnehmer aus Baden-Württemberg haben die Zukunft der GdP mitgestaltet. Der Bundeskongress legt u. a. die gewerkschaftspolitische Richtung für die nächsten vier Jahre fest. Grußworte an die Gewerkschafter sprachen Bundespräsident Christian Wulff, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting, der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Arbeits- und Gesundheitsmanagement in der Polizei vehement gefordert:

Ein auf die Polizei und ihre spezifischen Arbeitsbedingungen abgestimmtes Arbeits- und Gesundheitsmanagement forderten die 254 Delegierten des 24. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin. Den besonderen Belastungen und Beanspruchungen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten könne nur mit einem stimmigen Konzept Rechnung getragen werden.

Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender: „In der gesamten Polizei, vor allem jedoch bei den geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei, ist die Grenze

zwischen Be- und Überlastung längst überschritten. Der Krankenstand steigt in nie gekannte Höhen und der Teufelskreis des ‚Weniger Personal bedeutet höhere Einsatzbelastung, die immer mehr Polizisten krank macht, die wiederum dann im Dienst fehlen‘, ist fest geschlossen.“

Ein adäquates Arbeits- und Gesundheitsmanagement, so Witthaut weiter, das sowohl die „klassische“ betriebliche Gesundheitsförderung, als auch die Regelungen des Arbeitsschutzes beinhalte, in einem Allround-Konzept zusammenführe, würde zumindest die fatale Wirkung des massiven Personalabbaus auf den Gesundheitszustand der Beamtinnen und Beamten spürbar lindern und sei daher unverzichtbar.

Werden Sie Mitglied beim »Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0

GdP: Versammlungsgesetz vereinheitlichen:

Gegen ein föderales Regelungsdurcheinander beim Versammlungsrecht sprachen sich auch Delegierten des 24. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin aus und appellierten an die Gesetzgeber, das Versammlungsgesetz wieder zu vereinheitlichen.

Vor allem bei den in den letzten Jahren zunehmenden länderübergreifenden Einsätzen zum Schutz von genehmigten links- oder rechtsextremistischen Demonstrationen, Kundgebungen und Aufzügen würden die Einsatzkräfte nicht nur durch variierende Polizeigesetze, sondern auch durch ein zunehmend uneinheitliches Versammlungsrecht zusätzlich belastet.

Bernhard Witthaut: „Im Zuge der Föderalismusreform ging die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht vom Bund auf die Länder über. Das Versammlungsgesetz des Bundes gilt nur solange in einem Bundesland weiter, bis das jeweilige Bundesland von seiner eigenen Kompetenz Gebrauch macht. Bayern ist diesen Schritt bereits gegangen. Die GdP befürchtet, dass sich bald, wie schon bei den Polizeigesetzen passiert, ein bundesweiter Paragraphen-Wirrwarr ergeben wird, den die Einsatzkräfte vor Ort kaum noch überblicken werden können und sie in der Lagebewältigung unnötig behindert.“

PoW steht für „Polizist ohne Wochenende“!

Tausende von Stellen wurden in den letzten zehn Jahren im Polizeivollzugs-

Fortsetzung auf Seite 6



24. GdP-BUNDESKONGRESS

Fortsetzung von Seite 5

dienst ersatzlos gestrichen. Seit 2005 hat sich allein die Zahl der Großeinsätze im Bundesgebiet fast verdoppelt: 160 waren es im Jahr 2009! Hinzu kommen die regionalen Einsätze, die von den Polizeien der Länder ohne Unterstützung durch Einheiten aus dem Nachbarland oder dem Bund gemeistert werden.

Abnehmende Personalstärke und steigende Einsatzzahlen haben gemeinsam einen Teufelskreis in Gang gesetzt: Weniger Personal bedeutet größere Einsatzbelastung, die immer mehr Kolleginnen und Kolleginnen krank macht – und die fehlen

dann im Dienst, wodurch sich die Personalsituation weiter verschärft.

Über 17 Prozent der Polizeibeschäftigten eines Bundeslandes waren innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig. Ein anderes Bundesland registriert bei Polizei und Feuerwehr krankheitsbedingte Ausfälle zwischen zehn und 15 Prozent. In einem weiteren Bundesland stieg der Krankenstand seit 2006 um 25 Prozent. Dort fehlten im vergangenen Jahr rund 1000 der insgesamt 6000 Polizeikräfte ständig.

Einen eindrucksvollen Beleg über Zusammenhänge von Organisation, Gesund-

heit und Einsatz liefert eine Studie in der Bundespolizei: Sie hat massive, quantitative Arbeitsbelastungen festgestellt. Diese wirken sich negativ auf das psychische Wohlbefinden der betroffenen Kolleginnen und Kollegen aus und führen in der Folge zu einer deutlich höheren Burnout-Quote. Innerhalb eines Jahres erhöhte sich die Zahl der ausgebrannten Kolleginnen und Kollegen von 15 auf über 25 Prozent in 2008.

Deswegen fordern wir:

Gesundheitsförderung im Dienst ausbauen!

TM

GdP-SEMINARE

Personalräteschulung für Vorstandsmitglieder

Mit ihrem Bildungsangebot schult die Gewerkschaft der Polizei seit Jahren an der Akademie der Polizei Baden-Württemberg, Außenstelle Wertheim, u. a. auch neu gewählte Personalräte, die in ihren Gremien im Vorstand tätig sind.

Der Personalrat bildet aus seiner Mitte heraus den Vorstand. Dies ist bei Personalräten mit bis zu zehn Mitgliedern eine Person und ab elf Mitgliedern sind es drei Personen. Es sei denn, dass im Personalrat die verschiedenen Gruppen vertreten sind (Arbeitnehmer, Beamte), dann ist für jede Gruppe ein Mitglied in den Vorstand zu wählen.

Vorsitzende oder Vorsitzender eines Personalrates zu sein, ist nicht nur ein Beweis der Achtung der Kolleginnen und Kollegen, sondern auch ein belastendes Amt. Es besteht ein großes Bedürfnis in der Praxis, Hilfestellungen zu den speziellen Problemen der Vorstände zu erhalten. Neben den Auseinandersetzungen mit der Dienststelle, dem Beachten der vom Personalvertretungsrecht auferlegten Formalitäten steht die Aufgabe des Führens des Personalratsgremiums.

Einerseits ging es bei der GdP-Schulung um die formale Seite: Welche Aufgaben hat der Vorstand, wie fasst das Gremium einen wirksamen Beschluss, was gehört in das Protokoll und vieles mehr. Auf der anderen Seite um die speziellen Probleme als Manager des Personalrats: Wie werden interne Konflikte



Die Teilnehmer der Personalräteschulung für Vorstände.

Foto: TM (GdP)

bewältigt? Wie kann ich die anderen Personalräte von meiner Meinung überzeugen? Wie führe ich Verhandlungen optimal? Und nicht zuletzt, wie gehe ich persönlich mit den Belastungen um, ohne in kurzer Zeit „ausgebrannt“ zu sein?

Nach der Begrüßung durch den stellvertretenden Leiter der Akademie der Polizei Baden-Württemberg, Außenstelle Wertheim, Polizeioberrat Markus Horn, ging es los.

Der GdP-Ehrenvorsitzende und Polizeioberrat a. D. Josef Schneider vermittelte bei der Schulung u. a. die Änderungen im Personalvertretungsrecht durch die Dienstrechtsreform (DRR). Auch der Datenschutz im Personalratsbüro war ein

wichtiger Baustein im Schulungsprogramm. Josef Schneider, der in seiner aktiven Zeit jahrzehntelang Personalrat und auch Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei beim Innenministerium Baden-Württemberg war, konnte aus seinem reichhaltigen Repertoire schöpfen.

Es gibt zwar keine Hierarchie im Personalrat, erklärt er, aber nur der Vorstand vertritt den Personalrat nach außen. Alle Entscheidungen des Personalrats teilt allein er der Dienststelle mit. Nur der Vorstandsvorsitzende hat Erklärungen oder Entscheidungen der Dienststelle entgegenzunehmen und Dienstvereinbarungen zu unterzeichnen. Er allein vertritt den Personalrat in Beschlussver-



GdP-SEMINARE

fahren vor Gericht. Gegebenenfalls wird er im Verhinderungsfall durch seine Stellvertreter vertreten.

Der Vorstand im Personalrat führt die laufenden Geschäfte, das bedeutet, dass er im Wesentlichen die Personalratssitzungen vorzubereiten und durchzuführen hat. Er hat die erforderlichen Unterlagen zusammenzustellen, die notwendigen Informationen einzuholen, um eine ordnungsgemäße Beschlussfassung im Personalrat zu ermöglichen, erklärte Josef Schneider den Teilnehmern.

Um den Schulungsteilnehmern die aktuelle gewerkschaftspolitische Position der GdP darzulegen kam extra der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner nach Wertheim.

Somit war die Schulung für Vorstandsmitglieder von Personalräten eine runde Sache und die Kolleginnen und Kollegen der Akademie der Polizei Baden-Württemberg, Außenstelle Wertheim, haben es erneut möglich gemacht, dass sich alle sehr wohlgeföhlt haben.

TM



Schulungsreferent Josef Schneider

Foto: TM (GdP)

TERMINE

Jahreshauptversammlungen

Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Bruchsal

Jahres- und Mitgliederversammlung, am Donnerstag, den 10. Februar 2011, um 16.30 Uhr, im Kantinenraum 2 und 3, bei der Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal.

Kreisgruppe Böblingen

Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Böblingen PD, am Donnerstag dem 20. Januar 2011, im Lehrsaal der Polizeidirektion. Beginn: 17.00 Uhr. Bei der JHV wird auch der Kreisvorstand neu gewählt. Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner wird über die aktuelle Gewerkschaftspolitik im Land berichten. Die Landtagsabgeordneten und Kandidaten für die Landtagswahl wurden ebenfalls eingeladen.

Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Auf Euren zahlreichen Besuch freuen wir uns.

Wolfgang Kircher, KG-Vorsitzender

Kreisgruppe Freiburg –LPD–

Die Kreisgruppe Freiburg – Landespolizeidirektion – lädt herzlich zu ihrer Jahreshauptversammlung am 24. Januar 2011, 17.00 Uhr, in den Alemannensaal des Dienstgebäudes der Landespolizeidirektion Freiburg, Bissierstraße 1, 79114 Freiburg i.Br. ein. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Neuwahl des Kreisgruppenvorstandes. Außerdem hat der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner sein Kommen zugesagt. **Harald Baldinger, KG-Vorsitzender**

Senioren-Stammtisch

Kreisgruppe Heilbronn

Die Stammtischtermine für die GdP-Senioren der KG Heilbronn wurden für das Jahr 2011 wie folgt festgelegt:

Montag, den 17. Januar

Montag, den 14. März

Montag, den 16. Mai

Montag, den 18. Juli

Montag, den 19. September

Montag, den 14. November

Veranstaltungsort ist vorerst weiterhin die Kantine Polizeidirektion/Finanzamt Heilbronn. Sollten sich Änderungen im Veranstaltungsplan ergeben, werden diese rechtzeitig mitgeteilt.

EW

Neujahrsempfang

Am **Donnerstag, 27. 1. 2011**, veranstaltet die Gewerkschaft der Polizei, ab 17.00 Uhr, in der Gemeindehalle in 71735 Eberdingen, Hirschstraße 13, ihren traditionellen Empfang. Die GdP wird zahlreiche Gäste begrüßen können. **Der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech hat seine Teilnahme bereits zugesagt.** Bitte den Termin schon mal vormerken.

Red.

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR:

Polizeihauptmeister mit Zulage
Ortenaukreis: Joachim Maetz

Polizeihauptmeister
Bodenseekreis: Rudolf Stoll

Polizeiobermeisterin:
Rastatt/Baden-Baden: Cindy Zielke

Es traten in den Ruhestand:
Ortenaukreis: Gerhard Geiger
Stuttgart RP: Helmut Mengs

(zusammengestellt v. A. Burckhardt)

Beitragsbescheinigungen

Beitragsbescheinigungen über geleistete Mitgliedsbeiträge im Jahr 2010 bitte direkt bei der zuständigen GdP-Kreisgruppe anfordern!

A. B.



**TU GUTES!
UND SPAR DABEI.**



**RUF AN UND
HOL DIR DEN
GDP-STROM:**

07042 / 879 - 0

JETZT STROMANBIETER WECHSELN UND SPAREN!

EINFACH - SCHNELL - UNKOMPLIZIERT

HERAUSGEBER: GoP-SERVICE GMBH BW, MAYBACHSTRASSE 2, 71735 EBERDINGEN